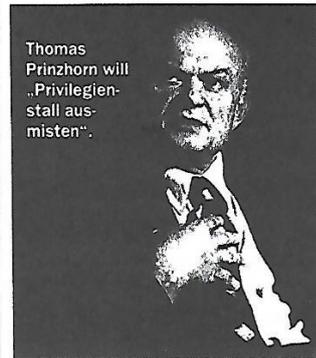


UNTER FEUER. Nach den ASVG-Pensionisten sollen auch die Beamten „drankommen“. Was sie im heißen Herbst zu verlieren haben, wie hoch ihre Renten wirklich sind.



EXPERTE. Bernd Marin will künftig die Top-Pensionen besteuern lassen.



Thomas Prinzhorn will „Privilegiestall ausmisten“.

FOTOS: PRADER, TADROS, CONTRAST, SCHUSTER, ZACH

Traum-Renten ade?

BEAMTE. Wie viel sie abcashen, wann sie bluten müssen.

PENSIONS-MILLIONÄRE sollen jetzt zur Kasse gebeten werden. Und die FP zieht in die Schlacht gegen „Renten-Privilegiestadel“.

Die einfachste Schlussrechnung in der gesamten Pensionsreform-Debatte kam – wieder einmal – von der FPÖ: „Würde man endlich die irren Pensionsprivilegien etwa bei den 28.000 Bediensteten der Pensionsversicherungsanstalt angehen, könnte man fast 200 Millionen Euro einsparen – fast ein Drittel dessen, was wir bei den kleinen ASVG-Pensionisten holen müssen.“ Für FP-Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn ist klar und eine ultimative Forderung, dass „bei den kleinsten Pensionen nichts gemacht werden darf, solange es im staatsnahen Bereich und bei den Politikern keine Einschnitte gibt“. Teil zwei der Pensionsschlacht, den die FPÖ als „Ausmisten des Privilegiestalls“, die SPÖ als „Fallbeispiele für Ungerechtigkeiten im Pensionssystem“ bezeichnet, ist eröffnet.

Und geht es um Politiker (siehe Seite 40), Beamte und staatsnahe Betriebe, wird diese Debatte zum Gemetzel jeder gegen jeden. Denn tatsächlich ist es schwer einzusehen, dass Mitarbeiter der Pensionsversicherungsanstalt laut FP-Parlamentspräsident Beiträge „wie ASVG-Versicherte einzahlen, dafür aber

Beamtenpensionen kassieren und noch dazu Zuschüsse zum Ausgleich von Abschlägen etwa bei Frühpensionierung erhalten“.

Ebenso schwer einsehbar ist, warum ausgerechnet im Bund und in den staatsnahen Betrieben de facto vor der Pensionsreform eine Frühpensionierungswelle von ungeahntem Ausmaß die Pensionskonten des Budgets massiv belastet. Denn letztlich, so die Gegenrechnung des zweiten Drittels der 600 Millionen Euro Einsparungen im ASVG-Bereich, kosten allein die „rechtswidrigen Früh-

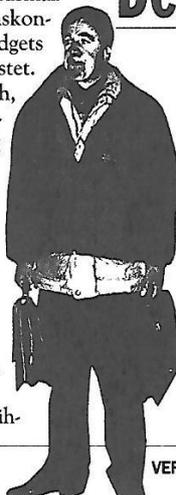
pensionierungen bei Post und Bahn zusätzlich über 200 Millionen Euro“, wie Jörg Haider vorrechnet.

Kühne Annahmen, von denen nur das dritte Drittel – nach PVA und Post & Co – tatsächlich gesichert ist: Der Pensionsexperte

Der Pensionsvergleich

ASVG-Pensionisten	Beamte
Einzahlung 198.916 €	Einzahlung 265.927 €
Auszahlung 901.237 €	Auszahlung 1.917.859 €
Rendite 5,85 %	Rendite 9,04 %
4,53faches der Beiträge	7,21faches der Beiträge

Zwei gleiche Akademikerkarrieren. Experten errechneten für NEWS anhand zweier praktisch identischer Akademikerkarrieren nach, wie sich die Pension – vor der Harmonisierung – entwickelt. Der Beamte zahlt leicht höhere Beiträge, erhält dafür mehr als doppelt so viel Pension und hat eine überproportionale Rendite.



VERGLEICH. Beamte zahlen bis jetzt mehr ein, erhalten aber dann noch mehr.

Bernd Marin rechnet in seinem Institut für europäische Wohlfahrtspolitik nach, wie viel der Gusenbauer-Vorschlag bringen würde, zehn Prozent der Pensionen einzubehalten, die über der gesetzlichen Höchstpension für Normalsterbliche von 31.655 Euro brutto jährlich liegen.

Marin-Modell gegen Renten-Millionäre. Marin: „1,9 Millionen Pensionisten würden davon gar nicht tangiert, es träfe nur die 158.737 Pensionisten, die über dieser Grenze liegen. Und das brächte weit mehr als die von Gusenbauer angegebenen 140 Millionen Euro. 200 Millionen müssten da relativ leicht erzielbar sein.“ Besonderes Augenmerk will Marin dabei auf die „Beitragsgerechtigkeit“ legen: „Noch mehr brächte es, würde man sich genau ansehen, welche Beiträge da welchen Leistungen gegenüberstehen – bei Politikern etwa ist das durch die Kürze der Berufslaufbahn meist sehr wenig. Und diesen Teil sollte man dann speziell besteuern.“

Traumrenten besteuern? Eine Volte, die etwa die 264 Menschen in Österreich, meist Exmanager von staatsnahen Betrieben wie Franz Vranitzky oder Altpolitiker vom Schläge eines Kurt Waldheim, die mehr als 200.000 Euro pro Jahr Pension lukrieren, teuer käme – nur eine zehnpromtente Steuer auf diese Traumpensionen würde sie jährlich gut 15.000 Euro kosten. Die knapp 14.000 „Pensionsmillionäre“ (in Schilling), die mehr als 70.000 Euro Jahrespension lukrieren – meist Spitzenbeamte, deren Witwen, Politiker oder eben Exmanager –, kämen dann mit Verlusten um die 7.000 Euro davon. Was durchaus mehr als ein „symbolischer Beitrag“ für die Pensionskassen wäre, wie er etwa bei den Politpensionären, die sich selbst noch Frühpensionen genehmigen wollen, geplant ist.

Beamtenpension ums Dreifache höher. Wirklich Geld brächte freilich eine rasche „Harmonisierung“ der Pensionssysteme der normalen Arbeiter und Angestellten mit den Beamten – denn auch hier stellt sich ein völ-

liges Ungleichgewicht zwischen Beamten und Nicht-Beamten dar:

- Frauen, die als Beamte in Pension gehen, verdienen nach derzeitigem Recht 2.438 Euro im Durchschnitt, ASVG-Pensionisten kommen auf 719 Euro monatliche Durchschnittsrente – sie haben damit insgesamt pro Monat ungefähr ein Zehntel dessen, was die Topverdiener nach dem Marin-Modell im Jahr verlieren.

- Bei den Männern ist das Verhältnis ähnlich stark zuungunsten der Nicht-Beamten: Beamtenpensionen machen durchschnittlich 2.546 Euro pro Monat aus, ASVG-Renten nur die Hälfte, 1.269 Euro.

- In einem Fallbeispiel, das Experten für NEWS anhand zweier ähnlich verlaufender Akademikerkarrieren errechneten, kommt der in der Privatwirtschaft Tätige auf 901.237 Euro Lebenspension bei 198.916 einbezahlten Euro. Der Beamte erreicht 1.917.859 Euro Lebenspension bei 265.927 Euro Einzahlung – Fazit: Die Rendite für den Beamten beträgt 9,04 Prozent, die für den Privatangestellten nur 5,85 Prozent.

Auch wenn VP-Minister Martin Bartenstein fast händeringend erklärt, dass die Beamten von Teil 1 der Pensionsreform wie Durchrechnungsverlängerung, Ende der Frühpension und Veränderung des Aufwertungsfaktors genauso wie die Privatangestellten getroffen werden, bleibt ein Faktum:

Doppelte Staatszuschüsse für Beamte. Bei jeder ASVG-Pension, wie sie „Normalsterbliche“ – bei Frauen in einer Durchschnittshöhe von eben diesen 719 Euro – kassieren, zahlt der Staat 21,5 Prozent der Rente dazu. Bei jeder Beamtenpension, die bei Männern im Durchschnitt das Dreieinhalbfache der ASVG-Frauenpension ausmacht, zahlt die Republik laut Kapitel 55 des Bundeshaushaltsgesetzes 74,7 Prozent dazu.

Zieht man davon den fiktiven Dienstgeberbeitrag des Bundes fairerweise ab, bleiben noch immer 51,9 Prozent Staatszuschuss für

jeden Staatsdiener im Ruhestand – also mehr als das Doppelte dessen, was für die ASVG-Rentner ausbezahlt wird. Stellt sich die Frage, warum zuerst beim ASVG so rasch reformiert werden muss und der wahre Kostentreiber, der öffentliche Dienst, erst im Herbst zur „Harmonisierung“ – freilich mit sehr, sehr langen Übergangsfristen – drankommt.

JOSEF GALLEY ■

BERND MARIN ÜBER SEIN MODELL

Toppensionen besteuern brächte mehr als 200 Millionen Euro Einsparung.

Wer wie viel Pension erhält

Pension Euro/Jahr	Rentner-Zahl
unter 10.000 €	865.193
10.000 bis 15.000 €	376.181
15.000 bis 20.000 €	296.504
20.000 bis 25.000 €	211.207
25.000 bis 30.000 €	137.816
Höchstpension ASVG jährlich 31.655 Euro	
30.000 bis 40.000 €	96.333
40.000 bis 70.000 €	36.541
70.000 bis 100.000 €	10.555
100.000 bis 150.000 €	2.438
150.000 bis 200.000 €	494
über 200.000 €	264

1.902701 haben weniger als ASVG-Höchstgrenze

158.737 haben mehr als ASVG-Höchstgrenze